

Deutsches Vibrato

Der Bundestag tagt erstmals in Berlin. Die politische Klasse gefällt sich im nationalen Geraune

Von der Anhöhe seines Schreibtisches aus sah Johannes Gross, „dass Krieg und Pestilenz zum Leben gehören“. Aufgeregt berichtete er den Deutschen, nun gehe es in „die Fährnisse der Geschichte“. Das war 1995; der Publizist hat den Begriff „Berliner Republik“ zwar nicht erfunden, doch sicherte er sich quasi das Patent, presste fiebernde Erwartung zwischen die Deckel eines schmalen Büchleins.

Wenn deutsche Kriegsbeteiligung der Maßstab ist, dann hat die Berliner Republik nun begonnen - in Bonn. Als Gerhard Schröder jüngst zum Thema „Ein Umzug verändert das Land“ sprechen sollte, ließ er sich vertreten: Der Kanzler musste an einer Schaltkonferenz zum Kosovo teilnehmen. Die beiläufige Szene war zugleich der kürzeste und klarste Beitrag zum Thema. Die Wirklichkeit hat das Feuilleton längst überholt; für den neuen deutschen Auftritt in der Außen- und Militärpolitik, vor Jahren noch je nach Standpunkt hoffend oder bangend auf „Berlin“ projiziert, ist der Wechsel ins reale Berlin unbedeutend geworden.

Abschied von Bonn, im Schatten der Tornados. Nächste Woche macht der Bundestag seinen ersten zaghaften Schritt in die reale Hauptstadt, tagt erstmals im umgebauten Reichstagsgebäude. Keine Feierstunde, sondern Regierungserklärung und Debatte, anknüpfend an den pathetischen Titel jenes Umzugsantrags, der im Juni 1991 knapp obsiegte: „Vollendung der inneren Einheit“. Das klingt heute noch

kurioser als vor acht Jahren. Wer möchte jetzt ernsthaft behaupten, aus den Umzugskartons werde eine Brücke gebaut über die Mentalitätsgräben zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen? Die Ernüchterung über den konkreten Verlauf der Vereinigung hat manches Pathos welken lassen; dennoch wirkt das Klima in der politischen Klasse heute auf eine diffuse, umstandslose Weise nationaler. Auf dem Namen „Reichstag“ zu beharren, das wäre im Disput von 1991 noch undenkbar gewesen, hätte den Bonn-Befürwortern vermutlich zum Sieg verholfen. Kaum noch in Erinnerung, dass in den frühen 90ern manche bei dem Gedanken erschauerten, Politisches wieder in der historisch kontaminierten Wilhelmstraße anzusiedeln. Die Scheu, sich Namen, Orte, Insignien der alten Reichshauptstadt anzueignen, ist gewichen, und zwar unabhängig von Alter oder Parteizugehörigkeit. Schleichende Veränderungen: Noch von Bonn aus regiert, wird dieses Land nun viel häufiger „Deutschland“ als „Bundesrepublik“ genannt.

Projektionsfeld Berlin: Schneller, doller, höher, weiter - gelegentliche Besucher der Hauptstadt erzählen unisono von einer boomenden Stadt, vom vibrierenden Pflaster, das sie unter ihren Füßen gespürt hätten - Partystimmung! Diese Erzählungen gleichen aufs Erstaunlichste den Slogans der Berliner Marketing-Strategen. Berlin ist ein Imagefaktor geworden, Ort einer Atmosphäre schwer benennbarer Erwartungen: Hier wird sich alles beschleunigen - nur was? Und welche Auswirkung hat dieses namenlose Vibrato auf die Politik, die künftig dort gemacht wird?

Berlin werde „zur Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit zwingen“ - aus dem Mund langjähriger Politiker eine seltsame Prognose. Tunlichst vermeiden sie eine Festlegung, welche Wirklichkeit sie meinen. Berlin ist eine sehr disparate Stadt; man kann sich hier ohne Mühe in Teil-Wirklichkeiten bewegen. Wer zum Beispiel am Hermannplatz in Neukölln herumspaziert, wird von Partystimmung wenig spüren, eher die vibrierende Aggressivität von Langzeitarbeitslosen und *working poor*. Die alleinerziehenden Mütter in Hellersdorf leben auf einem anderen Planeten als die jungen Single-Yuppies in Mitte, und dort wiederum haben die richtig Arrivierten zwar gerne ein trendiges Büro, aber wohnen möchten sie in Dahlem und Grunewald, das gilt wieder als ein gesellschaftliches Muss. Die Berliner Wirklichkeit ist eine auseinanderdriftende Gesellschaft, im sozial-kulturellen vielleicht ein rauer Zukunftsentwurf für die restliche Republik. Bonn war immer ein wenig gemütlicher als andere Teile der alten West-Republik; bei Berlin ist es umgekehrt.

Natürlich: Die sogenannte Bonner Käseglocke lässt sich nach Berlin nicht verpflanzen, dagegen sprechen schon schlichte Zahlen. Der Politbetrieb nebst Anhang wird etwa ein Prozent der Berliner Bevölkerung ausmachen, weniger als die geschätzte Zahl von illegal hier lebenden Ausländern. Aber ebenso natürlich (und menschlich verständlich) suchen sich die Bonner ihre neuen Nester in den bürgerlich-stabilen Teil-Wirklichkeiten, meiden die Schulen mit 70 Prozent Ausländeranteil und die Quartiere unter der Hegemonie rechtsradikaler Glatzköpfe. Und wer über die Rolle der Medien spricht,

muß in Rechnung stellen, dass die großen Veränderungen auch auf diesem Sektor längst geschehen sind, ganz unabhängig von Bonn oder Berlin. Vermassung, kurzatmiger *Event*-Journalismus und professionelles Medien-Management von Seiten der Politiker haben zu Bonner Zeiten schon Raum gegriffen. Ob der einzelne Korrespondent zur Arbeit durch die Rheinaue radelt oder sich mit Masse Mensch in die Berliner U-Bahn zwängt, das hat vergleichsweise nachrangige Auswirkungen.

Sicherlich wird es eine Menge individueller Befindlichkeits-Revolutionen geben, aber selbst für die PDS, die viel auf Befindlichkeiten setzt, hat der Umzug nicht mehr den Charakter einer politischen Zäsur. Jüngst, also in Bonn, wurde ihr eine parteinahe Stiftung aus Steuergeldern zugestanden (wie den anderen Parteien). Damit sind die Reformsozialisten nach der Definition einschlägiger Rechtsprechung als eine dauerhafte Strömung in der Bundesrepublik anerkannt - für die politische Geografie viel bedeutender als die künftige Verkürzung der Reisezeit zwischen Kanzleramt und Hohenschönhausen.

Veränderungen im Kleinen: In Berlin tun sich Politik und Wirtschaft ungenierter zusammen. Die Bundes-CDU veranstaltete jüngst ein erstes „Berliner Gespräch“ (mit Merkel, Schäuble, Schipanski) im Atrium der Dresdner Bank. Ein Herr von der Bank wünschte vorweg einen schönen Sieg bei der kommenden Landeswahl. Bundespräsident Roman Herzog installierte die Institution der „Berliner Rede“ im Hotel Adlon; das freute die Manager der noblen Herberge. Man könnte glauben, es gebe in Berlin keine öffentlichen Gebäude, um sich ein wenig

republikanischer zu gerieren. Petitesse, gewiß, aber es gilt ja in Berlin alles als symbolisch.

Berliner Republik versus Bonner Republik? Verraucht ist die übertriebene Furcht aus früheren Jahren, mit dem Regierungszentrum Berlin werde der Föderalismus untergraben und die politische Westbindung gekappt. Nun wird allenthalben Kontinuität beschworen. Aber die Floskeln können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das deutsche Selbstverständnis in einem entscheidenden Punkt ändert: Was Auschwitz bedeutet. Auffallend, wie nun rot und grün, Scharping und Fischer, Assoziationen zum Nationalsozialismus bemühen, um Bomben auf Serbien zu rechtfertigen. Nun wird die „Auschwitzkeule“ umgedreht, gegen Kriegskritiker und Pazifisten geschwungen. Wie hatten sich die Grünen einst echauffiert, als Heiner Geißler so argumentierte! Vielleicht ist die neue Instrumentalisierung der Vergangenheit ein Zwischenschritt, um sich dann von ihr zu lösen. Rot und Grün als Vollstrecker der sogenannten „Normalisierung“?

Natürlich widerspricht Joschka Fischer. Und natürlich unterscheidet sich sein Geschichtsbewusstsein von dem Gerhard Schröders. Für den Kanzler, meinte jüngst der amerikanische Deutschland-Experte Andrei Markovits, sei der Holocaust „ein Thema unter ferner liefen“. Der Umzug, sagt Schröder nun, sei „eine Rückkehr in unsere Geschichte“, ein „Ankommen in unserer Nation“. Vielleicht nur Redensarten, nichts dahinter. Aber warum macht sich ein sozialdemokratischer Kanzler das schwüle Geraune zu Eigen, das nach

der Vereinigung zuerst von den Ideologen einer Neuen Rechten zu hören war? Deutsches Vibrato.

Ist es Zufall, dass eine anti-nationale Position -außer von einer kleinen radikalen Linken- am prononciertesten im äußersten Westen formuliert wird? Für den Düsseldorfer Ministerpräsident Wolfgang Clement ist der Umzug nach Berlin „die Reise in eine nationalstaatliche Vergangenheit, die es nicht mehr gibt“. Wer von Berliner Republik rede, verstelle den Blick auf die Wirklichkeit. „Wir bewegen uns auf eine Brüsseler Republik zu; die Politik begreift das zuletzt.“ Sicher sind für Clement die Energiepreise in Holland maßgeblicher als die in Brandenburg. Aber er geht ja weiter: „Die verschiedenen Teile Deutschlands orientieren sich in Richtung verschiedener geografischer, ökonomischer und politischer Räume.“ Das läßt sich im deutschen Westen leichthändiger, auch sozial- und wirtschaftskompatibler formulieren als im deutschen Osten. Janusz Reiter, der ehemalige polnische Botschafter, benennt die Erwartungen der östlichen Nachbarn: „Berlin ist die Chance für einen Bewusstseinswandel der Deutschen.“ Er fügt hinzu: Es lebe sich schöner am Rhein als am Rio Grande, dem amerikanisch-mexikanisch Grenzfluss. „Oder und Neiße dürfen nicht der Rio Grande werden.“

Irgendwo zwischen Holland und Rio Grande - eine zuspätgekommene nationale Hauptstadt. Der Disput zwischen Reiter und Clement wirft die eigentlichen Fragen auf: Welche Bedeutung haben heute noch räumliche Distanzen? Wer konkurriert ökonomisch mit wem? Und wie viel kann nationalstaatliche Politik gestalten, wenn sie es

denn will? Die deutsche Debatte über die Rolle Berlins kramt stattdessen meistens in der Vergangenheit herum, legt an das „neue Berlin“ den Maßstab des alten, möglichst im Glanz der 20er Jahre. Doch das „neue Berlin“ wird immer am Subventionstropf hängen, eine kulturelle Metropole vielleicht, Schaufenster eines bunteren Deutschland, touristisch noch eine Weile zehrend vom morbiden Charme des Kalten Kriegs, der allmählich unter den Glasfassaden verschwindet. Aber *Bedeutung*? Im Zeitalter des Internet zieht die deutsche Politik mit Sack und Pack von einem Ort in den anderen und wähnt sich im verständlichen Glauben, wo sie sei, sei Bedeutung.

Das „Primat des Politischen“, ruft Schröder, sei die „große Herausforderung der Berliner Republik“. War's in Bonn anders? Dem Umzug wird „Aufbruch“ eingehaucht, vielleicht müssen in Berlin die Worte und Gesten größer sein, weil die Säulen dort höher sind. Erster Ausblick auf das politische Berlin: Die Beschwörung flirrender Modernität und der Rückfall in nationale Gestik, eine seltsame, auch beunruhigende Mischung.